

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Petitzeile 0,60 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Zum Barmer außerordentlichen Verbandstag

Ein außerordentlicher Verbandstag deutet auf eine außerordentliche Situation hin. Die besteht in der Tat. Es ist die finanzielle Lage des Verbandes, die zu außerordentlichen Maßnahmen zwingt.

Als wir vor noch nicht einem Jahre dem Karlsruher Verbandstag das Geleitwort schrieben, bezeichneten wir als seine Hauptaufgabe: Höchstmögliche Steigerung der Leistungsfähigkeit des Verbandes. Die damals durch provisorische Maßnahmen der Verbandsführung bereits eingeleitete innere Verbandsreform sollte durch ihn endgültig stabilisiert werden. In der Tat wurde in Karlsruhe ein Werk geschaffen, von dem man annehmen durfte, daß es die finanzielle Sicherheit des Verbandes auf Jahre hinaus gewährleisten würde.

Es ist anders gekommen. Die Verhältnisse nahmen einen anderen Verlauf, als man in Karlsruhe annahm, auf Grund der damaligen Sachlage annehmen durfte. Zwei große Tatbestände in der seitherigen Entwicklung erklären die heutige Situation. Das sind einmal die außergewöhnlich großen Kampfausgaben des verflorenen Jahres. Wir mußten Lohnaufbau fordern, während die Unternehmer schon nach Lohnabbau riefen. Die Folge war eine fast ununterbrochene Reihe von Großkämpfen. Noch kurz vor Vorentscheid bekamen wir die Bewegung in Rheinland-Westfalen. Sie hat unserem Verband allein die Summe von rund 150 000 Mark gekostet. Insgesamt wurden im Jahre 1925 für Streiks und Lohnbewegungen 527 000 Mark ausgegeben. Der letzte Kampf war noch nicht verklungen, als der zweite große Abbruch der Verbandskasse einsetzte: die Arbeitslosigkeit. Die Beschäftigungslosigkeit der Bauarbeiter nahm im letzten Winter einen nie gekannten Umfang an und dauert heute noch mit großer Schärfe fort. Ende März wurden noch 45,14 Prozent arbeitslose Mitglieder gezählt, während es auf dem Höhepunkt bis zu 87 Prozent waren. Dementsprechend gestaltete sich die Inanspruchnahme der Hauptkasse durch die Erwerbslosenunterstützung. Diese hat in dem knappen Jahr seit ihrer Wiedereinkaufnahme (Anfang April 1925) die Riesensumme von weit über 400 000 Mark erfordert. Um den Verband durch die Erwerbslosenunterstützung nicht ganz leerbluten zu lassen, mußte der Hauptvorstand Anfang Januar eine Kürzung der Bezugsdauer vornehmen. Dem außerordentlichen Verbandstag liegt der gemeinsame Antrag von Verbandsvorstand, -ausschuß und Bezirksleitern vor, die Arbeitslosenunterstützung bis auf weiteres ganz zu beseitigen und nur die Krankenunterstützung (die bisherige Erwerbslosenunterstützung wurde in Fällen der Arbeitslosigkeit und Krankheit gezahlt) weiter bestehen zu lassen. Ist diese Maßnahme erträglich?

Werfen wir zuvor einen Blick auf die Lage im Gewerbe. Gewiß, das Abkommen vom 13. Februar 1926 macht einstweilen Kämpfe um die Lohnfrage unmöglich. Ob es, nachdem die ersten, wahrlich nicht erbaulichen Leistungen des zentralen Schiedsgerichts vorliegen, über den 30. September dieses Jahres hinaus verlängert werden wird, muß heute schon als zweifelhaft gelten. Damit aber taucht sofort die Möglichkeit, ja, Wahrscheinlichkeit großer Kämpfe noch in diesem Jahre auf. Weiter ist die Frage, ob uns die ganze ungeklärte Lage hinsichtlich des Reichstatarifvertrages nicht zwangsläufig in neue ernste Verwicklungen hineintreibt. Sicher wollen die Bauarbeiter nicht dauernd auf die Rechte aus dem Reichstatarifvertrag verzichten. Ebenso sicher ist aber auch, daß die Unternehmer noch mit voller Schärfe auf ihrem alten Standpunkt verharren, ja, es scheint sogar, daß sie nun, nach der Londoner Konferenz der Arbeitsminister, noch weniger verständigungsbereit sind als vorher.

Die Notwendigkeit der finanziellen Stärkung des Verbandes steht also außer Frage. Nachdem die Stimmung der Mitglieder ganz überwiegend einer Erhöhung der Beiträge nicht geneigt ist und auch die leitenden Verbandskörperschaften sich nicht für diesen Weg entscheiden konnten, ist damit über das Schicksal der Arbeitslosenunterstützung eigentlich schon entschieden. Sie muß bis auf weiteres aus der Satzung gestrichen werden. Aber nochmals, ist diese Maßnahme auch erträglich?

Da muß zunächst festgestellt werden, daß die Erwerbslosenunterstützung in unserem Verbandsverbande nie unbesritten war. In der Vorkriegszeit hat sie sogar bei den Mitgliedern heftige Gegnerschaft gefunden. Noch im Herbst 1913 lehrte eine gemeinsame Konferenz von Verbandsvorstand, -ausschuß und Bezirksleitern ihre Einführung ab und trug damit zweifellos der überwiegenden Meinung der Mitglieder Rechnung. Erst im Jahre 1918, auf dem Verbandstage in Hannover, wurde sie beschlossen, nachdem sie in den anderen Bauarbeiterverbänden längst eingeführt war. Aber noch auf dem vorjährigen Karlsruher Verbandstag hätte es nur eines leisen Anstoßes bedurft, um sie wieder zu Fall zu bringen. Den Ausschlag für ihre Beibehaltung gab damals ausschließlich die Rücksicht auf die Konkurrenzverbände, die bereits vor uns ihre Erwerbslosenunterstützungen wieder hatten aufleben lassen.

Die Frage nach der Erträglichkeit ihrer nunmehrigen Beseitigung ist die Frage nach den Verhältnissen, mit denen wir zu tun haben. Da sind zwei wichtige Veränderungen gegenüber der Vorkriegszeit festzustellen. Wir haben heute die staatliche Erwerbslosenfürsorge. Sie ist nicht vollkommen, in vielem sogar direkt unzulänglich, schützt aber immerhin den Arbeitslosen vor der äußersten Not. Das wird noch wirksamer geschehen, wenn wir erst die staatliche Arbeitslosenversicherung haben. Diese liegt bereits im Entwurf vor und wird zweifellos in absehbarer Zeit Gesetz werden. Der verächtliche Arbeiter hat dann einen Rechtsanspruch auf die Leistungen der Kasse. Gegenwärtig bemühen sich die Gewerkschaften um eine Reform der Er-

werbslosenfürsorge als Zwischenregelung. Von alledem war, als wir unsere Verbandserwerbslosenunterstützung einführen, nichts vorhanden. Die Last der Arbeitslosigkeit mußte damals der Arbeiter ganz auf sein persönliches Konto nehmen. Die zweite große Veränderung betrifft die wirtschaftlichen Grundlagen des Baugewerbes. Vor dem Kriege ruhte, abgesehen von Kriegsjahren, die Bau-tätigkeit im allgemeinen nur, wenn der Frost sie stilllegte. Im übrigen entwickelte sie sich frei nach dem Bedürfnis, denn an Geld zum Bauen fehlte es damals im allgemeinen nicht. Heute ist die Bau-tätigkeit entscheidend von der Mittelgewährung aus öffentlichen Kassen abhängig. Das aber ist eine Aufgabe, der der junge deutsche Parlamentarismus noch nicht gewachsen ist, sich ihr jedenfalls noch nicht gewachsen gezeigt hat. Tausend Einflüsse der verschiedenen Interessentengruppen wirken auf die Abgeordneten, hemmen sie in ihrer Entschlußkraft. So erleben wir fast Jahr für Jahr, daß die Mittel zu spät und in unzulänglicher Höhe bewilligt werden. Damit aber wird eine Unsicherheit in die baugewerblichen Arbeitsmarktverhältnisse getragen, die diese jeder Vorausberechnung entzieht. Vor dem Kriege mußten wir auf Grund der Erfahrung im Verband, daß wir mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit der Mitglieder im Winter von etwa 25 bis 30 Prozent zu rechnen hatten, und natürlich nicht von der Dauer der diesjährigen. Heute fehlen solche Maßstäbe gänzlich. Auf welcher Grundlage aber soll bei solcher Sachlage eine Verbands-erwerbslosenunterstützung heute aufgebaut werden? Die Wahrheit ist, daß bei einer Arbeitslosigkeit bis zu 87 Prozent, wie wir sie jetzt kurz hinter-einander in zwei Wintern erlebten, eine gewerk-schaftliche Erwerbslosenunterstützung mehr bestehen kann. Es sei denn, daß die Beiträge unerträglich hoch oder die Unterstützungssätze so niedrig sind, daß sie praktisch nichts mehr bedeuten.

So ist dem Barmer außerordentlichen Verbandsstag Ziel und Begründung vorgezeichnet. Wir zweifeln nicht, daß er seiner Aufgabe gerecht werden wird.

Willkommen in Barmen!

Herzlich willkommen im schönen Bergischen Land! Ragende Berge und rauschende Wälder grüßen die Teilnehmer der außerordentlichen Generalversammlung unseres christlichen Bauarbeiterverbandes. Aus dem ganzen lieben deutschen Vaterlande sind sie in schicksalschwerer Zeit nach Barmen gekommen. Sie wollen hier raten und taten. Vornovoll ist der Weg der leidenden Arbeitsbrüder. Die außerordentliche Generalversammlung soll ihren Teil dazu beitragen, ihr schweres Los zu erleichtern.

Als Tagungsort ist Barmen gewählt worden, die Stadt an der schwarzen Rupper Schwarz ist sie, aber es ist dies ihr Ehrenleid. Arbeitsdienst für die Menschheit hat sie dunkel gefärbt, und täglich grüßt sie, trotz ihres häßlichen Kleides, Männer und Frauen der Arbeit im ganzen Bergischen Land. Rauchende Schloten drücken vieler Stadt ihren Stempel auf, ratternde Maschinen sind ihre Musik. Emsige, fleißige und strebende Menschen sind ihre Bewohner.

Seid uns willkommen all ihr Kollegen aus Nord und Süd, aus Ost und West! Im Bergischen Lande findet ihr einen treuen Menschenschlag, Rechte von Schrot und Korn Rheinischer Frohsinn und westfälische Zähigkeit paaren sich hier zur schönen Einheit. Oberflächlich betrachtet sind die Menschen hier rau, vielleicht sogar etwas grob. Wer kennt nicht den bergischen Donnerkeil? Aber im ganzen deutschen Vaterlande sagt man, daß diese Raubbären ein goldenes, treues Freundesherz in ihrer Brust tragen, daß sie niemals einen Kameraden in Not und Gefahr im Stich lassen.

Mit uns werdet ihr in diesen Tagen Freundschaft schließen. Freundschaft und Notverbundenheit, Liebe zu

unseren geplagten Kollegen, das soll der Grundgedanke unserer Tagung sein. Wir bekräftigen bei der ersten Begrüßung mit festem Handschlag: Wir wollen zusammenstehen in Not und Gefahr, trotz aller Schwernisse und Bitternisse Aufwärts!

Barmen ist aus kleinsten bäuerlichen Verhältnissen hervorgegangen. Zum ersten Male wird der Name des Weilers Barmon 1070 erwähnt. Ueber die Herkunft des Namens gehen die Meinungen auseinander. Der Wahrscheinlichkeit am nächsten kommt die Deutung: Barmon ist Hof am Walle. Ueber 14. Jahrhundert fehlt jede Nachricht. Am Ausgange des Mittelalters sind drei herrschaftliche Höfe vorhanden. Im 15. Jahrhundert rief die Zahl der von diesen Herrschaftshöfen angelegten Kotten auf 52. Die Hofrenten hatten die zu dieser Zeit üblichen Fronarbeiten zu leisten: Feldarbeit und Naturallieferung. Ende des 15. Jahrhunderts zeigen sich die ersten Anzeichen der Industrie, die Ausgangspunkt für die gewaltige Entwicklung der Rupperstadt darstellt: Das Weichen des Leinwandgarnes. Schon früh gab das Textilgewerbe dem Tale sein Gepräge, zeigte doch das Siegel der Schöffen schon 1516 den bergischen Löwen mit dem Garnband, ein Vortäufel des heutigen Stadtwappens.

Das 17. Jahrhundert mit all seinen Orangalen und Leiden schlug auch im Tale tiefe Wunden. Durchzüge von Kriegstruppen, Raub und Plünderungen, Nord und Süd-schlag, Ruhr und Pest wütheten furchtbar. Das einzige öffentliche Gebäude Barmens, das Amtshaus, wurde von einer Rote „Sachtlebler“ in Asche gelegt.

Ende des 17. Jahrhunderts blüht aber bereits Leben aus den Ruinen. Unbeugbarer Fleiß brachte das Gemein-

wesen wieder aufwärts. 1674 zählt es bereits wieder 2200 Einwohner. Die Industrie nahm neuen Aufschwung. Die Bevölkerungsentwicklung war trotz des starken industriellen Aufschwungs nicht so plötzlich wie in anderen rheinischen Großstädten. Das Wachstum war organischer, stetiger und gesunder. Seit 1808 ist Barmen durch ein Dekret des Großherzogs Joachim Murat, des Schwagers Napoleons I., zur Stadt erhoben. Die Volkszählung 1816 ergab rund 19 000 Einwohner. 1852 hatte sich diese Zahl bereits verdoppelt. 1862 zählt Barmen 50 000, und 1885 tritt es mit über 100 000 Einwohnern in die Reihe der Großstädte. Kurz vor dem Kriege stieg die Zahl auf 173 000 und nach der Eingemeindung Langerfelds sind zweihunderttausend beinahe erreicht. Die Geschäftigkeit der Bevölkerung beweist, daß zwei Drittel der Einwohner Ortsgebürtige sind. In der Textilindustrie, die hier im Sale hervorragend ist, bestand in vorgenannter Zeit eine Arbeitszeit von 12-15 Stunden. Kinder und Frauen standen im Produktionsprozeß. Aus dieser Situation ist es verständlich, daß gerade hier im Sale tausende Anhänger dem hervorragenden Agitator und Verfasser des „Ehernen Lohngesetzes“, Ferdinand Lassalle, zuliefen. Im Bergischen Lande hatte der Allgemeine deutsche Arbeiterverein mehr als die Hälfte seiner Mitglieder überhaupt. 1867 sandten die Wuppertaler bereits den ersten sozialdemokratischen Abgeordneten in den Norddeutschen Reichstag. Die Arbeiterchaft sah keinen anderen Ausweg mehr. Durch wilde regellose Streiks war nichts zu erreichen. Die Forderungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins blieben einflusslos. 1893 kam es zum Zusammenschluß der im sozialdemokratischen Fahrwasser schwimmenden Fachvereine mit der sozialdemokratischen Partei.

Die christlichen Bauarbeiter mußten, wenn sie ihre Überzeugung nicht preisgeben wollten, zur Gründung eigener, unabhängiger Gewerkschaften schreiten. Das war bei der Lebermacht der Sozialdemokratie kein leichtes Beginnen. Am 9. März 1903 wurde in Barmen die erste Gruppe unseres Verbandes gegründet. In kürzester Zeit folgten Elberfeld (Maurer), Barmen (Stuckateure), Elberfeld (Stuckateure) und Schwelm.

Im steten, schärfsten Kampfe mit der Sozialdemokratie ist die christliche Gewerkschaftsbewegung und vor allen Dingen unser Verband im Sale gewachsen und zu seinem heutigen Einfluß gekommen. Krisen und Arbeitslosigkeit haben unseren Kollegen den Glauben an die Stärke und Zukunft unseres Verbandes nicht rauben können. Hoffen wir, daß die außerordentliche Tagung in Barmen ein Merkmal für die Weiterentwicklung unseres Verbandes werden möge.

Bernhard Deppe, Barmen.

Zur Frage des Facharbeiterwachstums im Baugewerbe

Von Josef Wiedeberg

Für die Berufsberatung kommt außer der körperlichen und geistigen Eignung des zu beratenden jungen Menschen die wirtschaftliche Lage des Berufes, dem man nachwuchs zuführen will, in Frage. Das Gebot über Facharbeitermangel im Baugewerbe, das in den letzten

*) Die einzigen Änderungen erörtern in „Jugend und Beruf“. Konstatierung zur Förderung der Berufsberatung und beruflichen Ausbildung Jugendlicher. Prof. Hermann Heller, Berlin S. 2.

Frühlingsglaube

Die Linden Lüfte sind erwacht,
 Sie säuseln und weben Tag und Nacht,
 Sie schäffeln an allen Enden.
 O süßer Duft, o neuer Klang!
 Nun, armuts Jery, sei nicht bang!
 Nun muß sich alles, alles wenden.

Die Welt wird schöner mit jedem Tag,
 man weiß nicht, was noch werden mag,
 das Klagen will nicht enden.
 Es blüht das Jernste, tiefe Tal;
 nun, armuts Jery, vergiß der Qual!
 Nun muß sich alles, alles werden.

Ludwig Uhland.

Vom Werden der deutschen Wirtschaft

I
 Erkenntnis

Seit dem Kriegsausbruch 1914 und fast noch mehr seit dem traurigen Ende 1918 ist die öffentliche Schätzung und auch Behandlung der Wirtschaft rückenartig gesunken. Zum Kriege begannen alle, die sich vorher geanteltes, in letzter Schädlichkeit, oder von anderen Interessen vollständig gefangen, an der wirtschaftlichen Lage gekümmert hatten, in der Not über die Wirtschaft nachzudenken. Der schicksalhafte Stöcker verfolgte plötzlich das Wetter nicht mehr mit dem Auge zu Tag, an Auslassungsmöglichkeiten festzustellen, sondern angestrebt, er es in seiner Richtung auf die Landwirtschaft, über deren Größe, Artverteilung und Produktionskraft er sich zu orientieren suchte, um Vermutungen anzustellen, ob Getreide, Futter, Fleisch, Kartoffeln noch knapper werden würden. Die Besorgnisse für Leder und Lachswaren machten jedermann die hier herrschenden deutschen Grenzen und Abhängigkeiten klar. Die politische Anspannung von Gold, Kupfer und Zinn lag nicht nur in unserer Anhänglichkeit an diese Metalle, sondern die Goldbeziehung ließ auch vor allem das große Finanzproblem aufleuchten. Eine Notwendigkeit wurden sogar die Kohlen, obwohl wir doch im Lande Kohlenlagerungen zu lagern haben. Fabriken mußten auf Kohlenmangel vorbereitet werden, Eisenbahnzüge wurden nicht mehr geschickt oder fallen

verflochtenen Jahren wiederholt erhoben wurde, kann manchen Berufsberater zu der Ansicht gebracht haben, im Baugewerbe besteht große Arbeitslosigkeit, ihm müssen recht viele Lehrlinge zugeführt werden. Vor dieser Ansicht möchten wir warnen. Nach unseren Beobachtungen und Feststellungen besteht ein Facharbeitermangel im Baugewerbe nicht. Das Trugbild, das einen Facharbeitermangel vorkauft, wird durch die Mängel der behördlichen Wohnungswirtschaft hervorgerufen.

Es ist bekannt, daß die Wohnungsbautätigkeit nur durch Zufußnahme öffentlicher Mittel in Gang gebracht werden kann. Auch die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft würde keine Belebung der Wohnungsbautätigkeit bringen. Das geben selbst ganz privatkapitalistisch eingestellte Wirtschaftsführer zu. So schreibt Kommerzienrat Haberla in „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ (Nummer 4, 1926) u. a.: „Der Weg, wie vor dem Kriege durch die gewerblichen Faktoren, die Wohnungsverordnung in freier Wirtschaft zu bewirken, ist völlig ausgeschlossen. Ohne Hilfe von Staat und Gemeinde geht es eben nicht. Das haben alle diejenigen Kreise erkannt, deren Aufgabe es war, für die Schaffung von Wohnungen zu sorgen.“ Also ohne öffentliche Mittel, die durch die Hauszinssteuer aufgebracht werden, ist eine nennenswerte Wohnungserstellung nicht möglich. Leider ist unser junger deutscher Parlamentarismus noch nicht so eingespäht, daß er es fertig brächte, Fragen, die vorwiegend wirtschaftlicher Natur sind, so schnell zu erledigen, wie diese Natur es erheischt. So kommt es, daß die Mittel für die Wohnungsbauten in den Parlamenten immer zu spät bewilligt werden. Es wird März und April, bis feststeht, wieviel öffentliche Mittel im neuen Baujahr zum Wohnungsbau verwendet werden können. Erst dann ist es den Stellen, die die Hauszinssteuer-Hypotheken zu vergeben haben, möglich, endgültige Zusagen zu machen. Ehe sich die Parlamentsbeschlüsse im Lande durch Inangriffnahme der Wohnungsbauten auswirken, wird der Mai herangekommen sein. Anfangs März waren noch über 100 000 Maurer und Zimmerer in Deutschland arbeitslos! Dazu kommen noch verschiedene 1000 Facharbeiter der Baunebenberufe, wie Stuckateure, Fliesenleger, Maler usw.

Fast in allen Nachkriegsjahren lagen die Verhältnisse so. Die öffentlichen Mittel wurden zu spät bewilligt. Die ersten Baumonate verließen, ohne Ausnutzung der vorhandenen Baujahrarbeiter, und in 3-5 Sommermonaten drängten sich die Bauarbeiten zusammen. So entstand in einzelnen Gebieten, nicht überall, Facharbeitermangel, der bei Verteilung der Arbeiten auf das ganze Jahr gar nicht in Erscheinung getreten wäre. Auch der Facharbeitermangel, der sich stellenweise zeigte, hätte sich ausgleichen lassen — es waren in anderen Gegenden noch Facharbeiter arbeitslos —, wenn die misslichen Wohnungsverhältnisse eine Verpflanzung der Arbeitslosen nicht behindert hätten.

Vor ungefähr einem Jahre hat der preussische Wohlfahrtsminister Anweisung ergehen lassen, bei dem mit öffentlichen Mitteln unterstützten Kleinwohnungsbaue eine unumgängliche Zusammendrängung der Bauausführungen zu vermeiden und durch Verhandlungen mit den Provinzen, Kreisen und Gemeinden in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß Bauarbeiten jeder Art an ihren Gebäuden zweckmäßig über das ganze Jahr verteilt werden. Die große Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter jetzt im März und April zeigt, daß diese Anweisung wenig Beachtung findet.

zum Teil infolge der zu späten Mittelbewilligung durch die Parlamente. Im Baujahr 1926 wird ein vorübergehender stellenweiser Baujahrarbeitermangel wohl kaum eintreten. Die aus der Hauszinssteuer fließenden Mittel, die nur zur Hälfte für den Wohnungsbau verwandt werden, genügen durchaus nicht, um eine Bautätigkeit zu entfachen, die die Beschäftigung aller Facharbeiter ermöglicht. Die Hauszinssteuer-Hypothek bedingt in Preußen günstigenfalls die Hälfte der Baukosten. Die größte Hälfte muß durch andere Darlehen und Hypotheken aufgebracht werden. Die Aufbringung der erschlüssigen Hypotheken, die zudem viel zu teuer sind, wird von Jahr zu Jahr schwieriger. Wir befürchten, daß so manches Bauvorhaben an diesen Schwierigkeiten scheitern wird, trotz Zusage der Hauszinssteuer-Hypothek.

Auf eine erhebliche Bautätigkeit in Industrie und Landwirtschaft ist bei der Einstellung der Industrieführer und der Lage der Landwirtschaft auch nicht zu rechnen. Seit fast einem Jahr ist die westfälische Großindustrie bemüht, jede Bautätigkeit zu unterbinden, weil ihr die Bauarbeiterlöhne zu hoch sind. Der Facharbeiterspielenlohn beträgt im Ruhrgebiet 1,10 Mark pro Stunde. Man beschränkt, daß man die eigenen Facharbeiter nicht dauernd mit einem um 20 bis 30 Prozent niedrigeren Lohn abspießen kann, wenn die Bauarbeiter ihre Löhne halten. Darum der Druck auf alle Bauunternehmer und Bauherren mit der Parole: Bautenstilllegung oder erhebliche Lohnkürzung. Diese Parole wirkt fast im ganzen Reiche. Gewisse Zeitungen sorgen dafür, daß sich in der Öffentlichkeit eine falsche Ansicht über die „hohen“ Bauarbeiterlöhne festsetzt. Dabei werden gewöhnlich nur immer die Spitzenlöhne genannt, um den Anschein zu erwecken, als sei dieser Lohn überall und an alle Bauarbeiter zu zahlen. Kurzum, die Schwerindustrie und die ihr dienstbare Presse erzeugen aus lohnpolitischen Gründen eine baufreundliche Stimmung, und wir haben sie in dem Verdacht, daß sie den Plan, den Wohnungsbau durch eine Auslandslandsanleihe in Gang zu bringen, unter Vorgabe gleicher und anderer Gründe bekämpfen. Bei dieser Einstellung ist also auf industrielle Bautätigkeit nicht zu rechnen, wenigstens solange nicht, als der technische Fortschritt nicht zu Um- und Neubauten zwingt.

Die Landwirtschaft erhält für eine Reihe ihrer Produkte heute weniger, als vor dem Kriege. Sie kann bei dieser Lage nicht bauen.

So kommen wir nach Prüfung der Konjunkturaussichten für das Baugewerbe zu dem Resultat, daß eine Lehrlingsvermehrung im Baugewerbe — unter einer solchen soll die zahlenmäßig größere Einschreibung wie Auschreibung verstanden sein — nicht notwendig ist. Wir sehen noch keinen lichten Punkt, der eine Besserung der Lage des Baugewerbes in den nächsten Jahren erhoffen ließe. Die derzeitige ist nicht so, daß man vielen jungen Menschen raten kann, sich dem Bauberuf zu widmen. Die Verdienstmöglichkeit ist auch in den frostfreien Monaten zu unsicher.

Zur Frage der Auslandskredite für den Wohnungsbau

nimmt Dr. rer. pol. Gerhard Weiser im „Reichsarbeitsblatt“ Stellung. Die sogenannte Beratungsstelle für Auslandskredite hat sich auf den Standpunkt gestellt,

daß auch die Wirtschaft eines Staates wie Deutschland nicht einfach vernichtet werden kann, da wir heute auch keine isolierte Landeswirtschaft mehr treiben, sondern darüber hinausgewachsen sind zum Weltwirtschaftsorganismus, aus dem man kein wichtiges Glied herauscheiden kann, ohne das Ganze tödlich zu verletzen. Diese Überzeugung setzt sich jetzt allmählich durch und ist schon wiederholt von den allierten Staatsmännern in jüngster Vergangenheit ausgesprochen worden. Nicht aus Mitleid und Menschenfreundlichkeit kommt man Deutschland entgegen, sondern man kann seine Riesenvirtschaft in der Welt nicht entbehren, ohne selbst größten Schaden zu leiden.

Welche Entwicklung! Aus der Einzel- und Dorfwirtschaft ist ein Weltorganismus geworden, dessen gewaltigen Fingern sich niemand mehr entziehen kann! Von höchstem Interesse ist es, die Studien dieser geschichtlichen Entwicklung zu verfolgen, auch gibt sie manche Aufklärung und Belehrung für heute. Es soll daher die Aufgabe einer Artikelreihe sein, kurz den Entwicklungsgang der deutschen Wirtschaft zu verfolgen.

Vorbemerkt sei, daß selbstverständlich die Wirtschaft nicht auf einem Isoliersockel steht, sondern daß sie durch tausend Fäden mit anderen Triebkräften und Faktoren der menschlichen Gesellschaft verflochten ist. Unlösbar geradezu ist etwa die Verwurzelung von Politik und Wirtschaft, die in ungesunden Zeiten sich gegenseitig die Fährerstellung streitig machen, normal aber sich gewaltig fördern. Zum Beweis sei einerseits daran erinnert, daß die Folge Hanza, der Kaufmannsbund des ausgehenden deutschen Mittelalters, dadurch schnell verfiel, daß keine politische Macht zum Schutze hinter ihr stand, als überall die nationalen Staaten aufblühten; andererseits steht in aller Erinnerung der ungeahnte Aufschwung der gesamten deutschen Wirtschaft nach dem siegreichen französischen Kriege 1870/71. Eng ist ferner der Zusammenhang zwischen Moral und Wirtschaft. Man bedenke, wie im Mittelalter aus moralischen Gründen das Zinsnehmen verboten war, daß vor dem Kriege der deutsche Kaufmann als persönlich sehr ehrlich bekannt war, daß die vielen Auswüchse des Kapitalismus nur mit einer Lockerung der jüdischen Bindung zu begreifen sind. Endlich sei noch des Einflusses gedacht, den die allgemeine geistige Kultur auf die Wirtschaft hat. Je mehr jene sich verleiht, desto größer werden die allgemein-menschlichen Bedürfnisse, desto größere Ansprüche werden an die Wirtschaft gestellt, desto mehr Hilfsmittel aber werden ihr auch durch Erfindungen zugeführt.

Georg Rowoldt.

ganz aus, und sogar zu Hause, „im häuslichen Heim“, sah es im Winter ganz anders als traulich und gemühtlich aus, denn man irrt ganz jämmerlich. Wie war das möglich? Die Arbeitsjünger lagen gepanzert draußen bei Maschinenwehr, Geschütz oder im Schützengraben, und in der Heimat fehlte dieser wichtigste wirtschaftliche Faktor, die Arbeitskraft!

Der Zusammenbruch von 1918 kam, und auch der Möglichkeit fielt deutscher Herrlichkeit zerbröckelte in der Folgezeit immer mehr. Als einzige Säulen verschwundener Frucht blieben uns außer der Reichseinheit einigermaßen fest die deutsche Wirtschaft und die deutsche Arbeitskraft. Lebensfähig ist in der nächsten Zeit nur noch das, was unmittelbar an wirtschaftlichen Strömen lag. Der freie, geistige und selbständige Arbeiter verelendete. Die Jugend und was sonst noch Kraft in sich besaß, drängte zur Wirtschaft. Die Zahl der Studierenden der Nationalökonomie wuchs ins Ungemeine, die größten Hörsäle reichten nicht mehr aus, und doch kamen fast alle in Stellungen, die ihr Studium absolviert hatten. Es kam soweit, daß man sogar, was Bezeichnendste für die Krankheit der Verhältnisse ist, mit Zug und Recht von einer Herrschaftstellung der Wirtschaft gegenüber der Politik, von ihrer Reberregierung sprechen konnte.

Die Stärke der deutschen Wirtschaft aber hatten unsere Kriegsgegner nur zu gut erkannt, und der Vertrag zu Versailles war darauf abgestimmt, dem militärischen Kriege den Wirtschaftskrieg folgen zu lassen. Ungeheure Lasten wurden dem deutschen Wirtschaftsleben angehängt. Die verderblichste Folge war die entsetzliche Inflation, die von oben bis unten alle deutschen Hirne in einen hegenden Eifer versetzte, den Verdienst des Tages in Waren umzuwandeln, um am nächsten Tage nicht vor dem Nichts stehen zu müssen. Banken erstanden an allen Straßenecken, und es wimmelte in ihnen wie in einem Bienenschwärm. Die Börsen plätscherten vor Gedränge, und in der trüben Atmosphäre entstanden die Wirtplanzen des Schieberturns, des Börjensobbers, des Sompfers an eigenen Velle. Es handelt sich hier um die schwerste Zeit deutscher Geschichte. Die Folgen der allgemeinen fittigen Verwilderung und Verpeuerung sind unüberschaubar.

Den Höhepunkt erreichte der Wirtschaftskrieg in der Aufhebung durch die Franzosen. Auch dieses deutsche Leiden war noch notwendig, um allmählich überall in der Welt die Einsicht andämmern zu lassen, daß es nicht war ein Jagen der Herse nach der Reichheit. Reparationen anzupreisen und gleichzeitig ihre Quelle, die deutsche Wirtschaft, zu verstopfen, sondern

„daß Wohnungsbauf Kredite nicht ertragbringend sind und insbesondere nicht geeignet sind, die Ausfuhr zu beleben“.

„Gegen diesen Standpunkt der Beratungsstelle ist schon von anderer Seite, unseres Erachtens größtenteils mit Recht, sehr viel eingewendet worden.“

Es ist aber ganz verfehlt, auf die Wohnungsbaufkredite den Gegenatz: die private Wirtschaft — die Gemeinnden anzuwenden und daran die Forderung zu knüpfen, daß die Gemeinnden der privaten Wirtschaft nicht die Quelle des so dringend benötigten Kredites entziehen dürfen.

Für die Beseitigung der Sperrmaßnahmen spricht auch folgende Erwägung: Es kommt bei der Gemeinnützigkeit des Wohnungsbaues darauf an, daß die erreichbaren Kredite möglichst billig sind.

Am 24. April 1926 ist der siebenzehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1926 fällig.

lichtkeit zeigten, zu einer immer größeren Gefahr für die deutsche Wirtschaft und den sozialen Frieden aus.

Die deutschen Gewerkschaften betonen mit Entschiedenheit, daß es nicht Aufgabe der Industrie- und Handelskammern ist, in der in Essen zutage getretenen unerhörten Art und Weise gegen berechnete Belange und Lebensfragen der deutschen Arbeitnehmer Stellung zu nehmen.

Die Gewerkschaften fordern deshalb aus Gründen des Staatswohls, der Wirtschaftsförderung und des sozialen Friedens, daß die Berufsorganisationen und Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung durch Beteiligung an den öffentlich-rechtlichen Berufskammern der deutschen Wirtschaft als mitwirkende und mitverantwortliche Faktoren herangezogen werden.

Langsamer Rückgang der Arbeitslosigkeit

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in der zweiten Hälfte des März zeigt eine weitere mäßige Besserung. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist im Gesamtergebnis von rund 2 017 000 am 15. März 1926 auf 1 942 000 am 1. April 1926, d. h. um 3,7 Prozent zurückgegangen.

Auch ein Hindernis der Rationalisierung: die allzuvielen Direktoren

Außerordentlich lehrreich sind die in der „Frankfurter Zeitung“ jüngst erschienenen Ausführungen über die Rolle der Bank- und Industriedirektoren zur Erschwerung von Rationalisierungsbestrebungen.

Der schwindende Soziallohn

Die Gewährung von Lohnzulagen für verheiratete Arbeiter ist in der Nachkriegszeit in einer Anzahl von Industrien üblich geworden. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt jedoch, wie aus einem Aufsatz von Dr. Duffe im „Reichsarbeitsblatt“ hervorgeht, daß man mit der Rückkehr zu normalen Wirtschaftsverhältnissen von der Anwendung des Systems der Soziallöhne allmählich abkommt.

in der Textilindustrie, im Handels-, Verkehrs-, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, kommt es jetzt nur noch vereinzelt vor, wieder in anderen Gewerbezweigen, in denen es überhaupt kaum Fuß gefaßt hatte, wie in der Industrie der Holz- und Glasteile, Bekleidungsindustrie, Reinigungs- und Schankgewerbe, ist es völlig verschwunden.

„Man muß vom Bedarf ausgehen“

Wir produzieren, um den Bedarf zu befriedigen. Derselbe mag höher oder geringer sein, je nach der kulturellen Entwicklungsstufe eines Volkes. Die jeweils bedingte Größe des Bedarfes nach Umfang und Beschaffenheit aber kann und muß gedeckt werden.

Die schematische Kreditgewährung scheint uns nicht das Wesentliche zu sein. Die eigentlichen Unponderabilien, die das Verhältnis von Bedarf und Nachfrage verursachen, sind die zu niedrigen Löhne und die zu hohen Preise.

Jugendbewegung

Srrwege in der Jugendbewegung

Ueberheblichkeit ist keine Jugend. Insbesondere nicht bei werdenden Menschen. Sicherheit soll die Jugend ihre eigene Meinung haben. Aber dieselbe muß sich orientieren an der reifen Erfahrung derer, die die Dinge haben wachsen sehen.

So fordert im „Kreuzfahrer“, einem Organ, das sich ein Teil der wandernden katholischen Volkjugend geschaffen hat, ein „Jörg von München“, Einheitsgewerkschaften, und wünscht, daß die katholischen Arbeiter in die „freien“ Gewerkschaften eintreten.

Allgemeine Rundschau

Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern

Die Spitzenorganisationen der deutschen Gewerkschaften wenden sich an die Reichsregierung und die Regierungen der Länder mit der Bitte, beschleunigt die Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Berufskammern vorzunehmen.

Es ist eine durchaus irrtümliche Ansicht, daß die Gewerkschaften lediglich reine Zweckorganisationen zur Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wären. Und selbst dann müßten z. B. die Fragen der Mittel zur Zielerreichung (Klassenkampf?), Streit usw. von weltanschaulichen Gesichtspunkten aus durchaus verchieden beantwortet werden. Darüber hinaus aber wollen die Gewerkschaften noch mehr, nämlich eine sozialere Gestaltung der gesamten Wirtschaftsordnung. Und da bedarf es doch gar keiner Überlegung, daß der sozialistische Eigentums- und Wirtschaftsbegriff, ihre Einstellung zu Arbeit und Beruf zu der christlichen Auffassung in grundsätzlichen Widerspruch steht. Hier gibt es in der letzten Konsequenz keine Normalisierung, die irgendwie in Einklang mit den verschiedenen Anschauungen gebracht werden könnte, wenn auch in der Erreichung von Tagesforderungen gemeinsame Berührungspunkte vorhanden sind.

Eines wäre allerdings theoretisch möglich, nämlich, daß die christlichen Arbeiter in den „freien“ Gewerkschaften beizutreten würden, mit ihrer Auffassung durchzudringen. Das ist von den alten Kämpfen der christlichen Arbeiterbewegung jahrelang versucht worden mit dem Erfolg, daß man die „Verbrüder“ immer härter in ihren heiligsten Überzeugungen verlor. Darum war die Schaffung von christlichen Gewerkschaften einfach eine unabdingbare Notwendigkeit. Und auch heute noch würde, trotzdem die äußeren Umgestaltungen besser geworden sind, die Mitgliedschaft christlicher Männer in den „freien“ Gewerkschaften gleichbedeutend sein mit der Preisgabe ihrer Selbstachtung. Sie würden sich schon infolge ihrer geringen Zahl ebensowenig durchzusetzen vermögen als etwa die christlichen Arbeitgeber innerhalb ihrer im Rahmen des Marxismus schwimmenden Vereinigungen. Das Verlangen einer solchen unartikulierten Verbindung ist um so begründlicher, als die „Arenenfahrer“ das Recht der Eigenständigkeit innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung für sich selber in Anspruch nehmen.

Es wäre durchaus angebracht, daß die Redaktion des „Arenenfahrers“, bevor sie den gefährlichen Ausstellungen eines „Jörg von München“ in ihrem Blatte Raum gewährt, sich etwas mehr in die Geschichte und das Wesen der deutschen Gewerkschaftsbewegung vertiefen wollte und auch die Meinung der Männer hören würde, die mitten in den Dingen drinstecken.

Sozialpolitik

Einheitsbeiträge zur Erwerbslosenfürsorge im ganzen Reich. Die derzeitige schwere Krise auf dem deutschen Arbeitsmarkt verlangt von den Organen der Erwerbslosenfürsorge die höchsten Leistungen, um den Tausenden von Arbeitslosen über die bitterste Zeit der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit und Verdienstlosigkeit hinwegzuhelfen. Um die Mittel zu den Unterhaltungen anzubringen, haben sich viele Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise schon vor Wochen gewungen, den Beitragssatz zur Erwerbslosenfürsorge auf den höchstzulässigen Betrag von 3 Prozent des Grundlohnes zu erhöhen. Selbstverständlich ist es unter solchen Umständen auch Pflicht der Reichsregierung, die Beitragssätze für den Aufwand der Erwerbslosenfürsorge soweit auszuhebeln, als dies für die Wirtschaft noch einigermaßen erträglich ist. Wenn es auch heute, besonders in Agrarbezirken, noch einzelne Reichsgebiete geben mag, die mit einem geringeren Beitragssatz als 3 Prozent des Grundlohnes durchkommen würden, so verlangt doch die kritische Lage des Augenblicks gebieterisch, daß der Höchstbeitrag von 3 Prozent des Grundlohnes im ganzen Reich einheitlich erhoben, und die Ueberschüsse einzelner Bezirke den Bedarfgebieten überwiesen werden. Von diesem volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gesehen, ist es zu begrüßen, daß der Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung in seiner Sitzung vom 25. Januar 1926 mit bindender Mehrheit und Wirkung vom 1. Februar 1926 einen einheitlichen Beitrag zur Erwerbslosenfürsorge für das ganze Reichsgebiet in Höhe von 3 Prozent des Grundlohnes festgesetzt hat.

Damit sind sämtliche anderen Festsetzungen der Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise hinsichtlich der Beiträge an Erwerbslosenfürsorge im ganzen Reich auf Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge 3 Prozent des Grundlohnes erhoben werden.

Kommt ein Reichsmilchgesetz? Schon seit längerer Zeit ist der Deutsche Städtetag befaßt, die geeigneten Vorarbeiten dazu zu erledigen, daß es dringend notwendig ist, ein Reichsmilchgesetz zu schaffen, das der städtischen Bevölkerung der Bezug der Milch in einwandfreier Beschaffenheit gewährleistet. Ein solches Gesetz liegt bisher auch im Interesse der Landwirtschaft, da sich aller Voraussicht nach der Konsum von Milch, der jetzt gegenüber der Vorkriegszeit außerordentlich gering ist, bedeutend heben würde, wenn die städtische Bevölkerung weiß, daß sie einwandfreie Milch erhält. Wie wir hören, ist ein kürzlich wieder in Berlin der Fall vorgekommen, daß durch Säuglingsmilk-Sichtkontrollen (Milk- und Klauenprobe) auf Kinder übertragen wurden. Auf Veranlassung des Deutschen Städtetages fand kürzlich im Reichsernährungsministerium eine Konferenz statt, in der eine Vertretung des Städtetages erneut auf die Notwendigkeit eines Milchgesetzes hinwies. Der Vertreter des Ministeriums stellte sich dem vom Städtetag angeregten Vorschlag gegenüber sympathisch gegenüber. Die Angelegenheit wird im Reichsernährungsministerium weiter bearbeitet. Der Deutsche Städtetag hat bereits den Entwurf eines Antragsgesetzes vor einem halben Jahr der Regierung zugeleitet. Leider scheiterte zur Zeit die Widerstände gegen eine solche reichsgesetzliche Regelung noch ziemlich hart zu sein, vor allem in landwirtschaftlichen Kreisen; während gerade, wie anfangs angedeutet, eine solche Regelung zur Steigerung des Milchkonsums sehr wichtig beitragen würde.

Stufen der Mitgliederzahl der deutschen Ortskrankenkassen. Die Berichte der Allgemeinen Ortskrankenkassen für das Jahr 1924 weisen mit Ausnahme von Hamburg ein Sinken der Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahre auf, das mit der Zerspaltung der deutschen Klassenvereine, mit der Eröffnung neuer Betriebskassen und der Abwanderung in Ortskassen erklärt wird. Der sinkenden Mitgliederzahl steht die Steigerung der Zahlen der Krankheitsfälle und ihrer Dauer gegenüber, die in erster Reihe auf die Krise der deutschen Wirtschaft zurückzuführen ist. Obwohl die Zahl der Krankheitsfälle gestiegen ist, ist eine Verminderung der Sterbefälle festzustellen, die besonders in den Berichten der Berliner, Leipziger und Dresdener Ortskrankenkassen hervorgehoben wird. Die Verringerung der Sterbefälle steht mit der Verbesserung der sozialhygienischen Maßnahmen im Zusammenhang.

Volkswirtschaft

Keine Ausfuhrkrise in der Schwerindustrie. Die Schwerindustrie hat sich im Laufe des ganzen vergangenen Jahres über eine fürchterliche Ausfuhrkrise beklagt als Folge der französischen und belgischen Geldentwertung und der englischen Subventionspolitik, und mit dieser Begründung forderte sie Lohn- und Steuerabbau und andere Begünstigungen. Aus der Prüfung der Ausfuhrstatistik ergibt sich aber, daß die Schätzungen der Schwerindustrie aus der Luft gegriffen sind. Die Ausfuhr sowohl der deutschen Kohlen-, wie der Eisen- und Stahlindustrie ist nicht gesunken, sondern im Gegenteil sehr erheblich gestiegen. Aus dem Bericht des Vereins für die bergbauischen Interessen in Essen geht hervor, daß die Ausfuhr von Ruhrkohle und Ruhr-Eisen im Jahre 1925 doppelt so hoch war wie 1924, ja, daß unter Anrechnung der Reparationskohlenlieferungen die Gesamtexporte mit 28,6 Millionen Tonnen um etwa ein Viertel höher war als 1913 (ohne die Reparationskohlenlieferungen etwa ein Drittel weniger). Die Ruhrkohle ist im Begriff — so heißt es im Bericht —, die im letzten Jahrzehnt verlorenen Märkte zurückzuerobern. In der Statistik des Auslandsabjahres macht sich die erhebliche Steigerung der deutschen Kohlenausfuhr nach Schweden und nach Südamerika besonders bemerkbar. Holland hat trotz der englischen Konkurrenz und der sehr gestiegenen eigenen Produktion fast ebensoviele deutsche Kohle gekauft als vor dem Kriege. Der große Rückgang der belgischen, französischen und italienischen Kohlenkäufe im freien Verkehr ist den umfangreichen Reparationslieferungen an diese Länder zuzuschreiben. Die große Kohlenkrise, als deren Folge im Ruhrkohlenbezirk im vergangenen Jahr 77 Zechen mit 60 000 Arbeitern stillgelegt wurden, ist daher nicht auf den Rückgang der Ausfuhr, sondern auf die innere Absatzkrise infolge der verminderten Konsumfähigkeit des Inlandes zurückzuführen, die dadurch noch verschärft wurde, daß die Kohlenpreise für das Inland erheblich höher sind, als die Weltmarktpreise.

Dasselbe trifft für die Eisen- und Stahlindustrie zu. Im Lichte der Statistik haben sich die Behauptungen der Schwerindustrie in bezug auf die Konkurrenz sowohl der belgisch-französischen Industrie am deutschen Binnenmarkt als auch auf dem Weltmarkt als falsch erwiesen. Es wurde behauptet, daß billiges französisches Eisen und Stahl im vergangenen Jahr den deutschen Markt überflutet habe. Die Statistik zeigt, daß im Gegenteil die französische und belgische Eiseneinfuhr nach Deutschland im Jahre 1925 erheblich zurückgegangen ist. Aber auch auf dem Weltmarkt kann von einer Verdrängung der deutschen Eisenindustrie durch die französische nicht die Rede sein. Es ist im Gegenteil der deutschen Eisenindustrie gelungen, wachsende Mengen im Ausland abzusetzen. Seit Juni war ein ständiger Anstufüberfluß vorhanden, der sich seitdem mehr als verdreifacht hat. Der Anstufüberfluß betrug im Juni 38 000 Tonnen, im August 118 000, im Oktober 171 000, im Dezember 205 000 und im Januar 215 000 Tonnen. Diese Ziffern zeigen, daß der Grund der Absatzkrise und der dauernden Produktionsbeschränkung von 35 Prozent weder auf eine Zunahme der Einfuhr, noch auf eine Abnahme der Ausfuhr, sondern lediglich auf die stark geunkene Aufnahmefähigkeit des deutschen Binnenmarktes zurückzuführen ist. Durch die Preis- und Lohnpolitik des Eisenkartells muß jedoch die innere Absatzkrise, statt behoben, noch weiter verschärft werden.

Bau-Rundschau

Umstiedlung

Es kommt nicht allein darauf an, daß man siedelt, sondern auch die Frage, wie und wo man siedelt, spielt eine große Rolle. Der tiefste Grund der Siedlung ist die Gesundheitsmachung in unmittelbarer Nähe des Arbeitsortes. Daher wird eine vernünftige Siedlungspolitik darauf hinarbeiten, die Siedlungen dorthin zu verlegen, wo auf lange Sicht Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist.

Man wird in den nächsten Jahrzehnten die Industrie nicht in der Lage sein, alle in den Großstädten und Industribezirken vorhandenen Arbeitskräfte zu beschäftigen. Auf der anderen Seite aber fehlen uns landwirtschaftliche Arbeiter. So werden heute noch auf den großen Gütern der südlichen Provinzen 130—150 000 legitime, teils polnische Wanderarbeiter beschäftigt, die sehr wohl durch die überflüssigen Industriearbeiter ersetzt werden könnten, wenn neben einer angemessenen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für entsprechende Unterkunftsbedingungen gesorgt würde. Man kann den deutschen Arbeit-

nehmern nicht zuzumuten, in den vorhandenen Schnittermaschinen, Wohnschuppen usw. zu hausen.

Daher ist die Frage der Rückführung größerer Arbeitermassen auf das Land vor allen Dingen eine Wohnungsfrage. Erfolgreichweise ist hier in den letzten Jahren, insbesondere durch Bereitstellung von Mitteln aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge, manches geschehen. Bis zum April 1925 wurden insgesamt in Preußen über 18 000 Landarbeiterwohnungen gebaut. Auch wurden mit Hilfe des staatlichen Wohnungsfürsorgefonds weitere Wohnungen bereitgestellt, die der Wiederbeschaffung oder Ansiedlung von Landarbeitern zugute kommen. Durch diese Beschaffung wird eine weitere Abwanderung der Landbevölkerung, die teilweise bereits einen bedrohlichen Umfang angenommen hatte, hintangehalten und darüber hinaus die Möglichkeit der Ansiedlung von mit Landarbeiten vertrauten Industriearbeitern geschaffen. Für die Umstiedlung kommt auch die Grenzgebiete in Frage, in deren Industrie noch sehr viele Ausländer beschäftigt werden, weil es an Wohnräumen für deutsche Arbeiter fehlt. Die preussische Regierung plant, im Ruhrrevier, wo sehr gute Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, 300 Bergarbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes anzusiedeln. Auch will sie mehrere hundert Arbeiter in das Gebiet von Nordhorn-Bentheim verpflanzen, wo sich eine neue gutgehende Textilindustrie entwickelt. Weiter will sie auch im Gebiete von Rheine-Gronau eine größere Anzahl Arbeiter ansiedeln, da die dortige Textilindustrie Arbeitskräfte notwendig braucht. Endlich kommen für die Umstiedlung noch die Provinzen Hannover, Brandenburg und die Grenzmark in Frage, die sehr günstige Arbeitsgelegenheit in Industrie und Landwirtschaft bieten.

Um die Entlastung des Ruhrgebietes in größerem Ausmaß und in einheitlichem Rahmen einzuleiten, hat das Preussische Ministerium für Volkswirtschaft einen vorerst auf das Rechnungsjahr 1926 beschränkten Umstiedlungsplan ausgearbeitet.

Zwischentredite der Preussischen Landespfandbriefanstalt für Kleinwohnungen

Die Bestimmungen über die Gewährung von Zwischenkredit aus staatlichen Mitteln bei der Herstellung von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung durch die Preussische Landespfandbriefanstalt in Berlin vom 30. April 1924 sind, dem Amtlichen Preussischen Preisdienst zufolge, durch Kundenausschuss des Ministers für Volkswirtschaft im Einvernehmen mit dem Finanzminister geändert worden. Hiernach wird der Zwischenkredit zunächst auf ein halbes Jahr gegeben. Erfolgt von keiner Seite eine Kündigung, so verlängert sich die Bewilligungsdauer von Vierteljahr zu Vierteljahr, jedoch grundsätzlich nicht über die Gesamtdauer eines Jahres hinaus. Für die Verlängerung ist im voraus eine Provision von 7/8 Prozent zu entrichten. — Der Zinssatz wird bis auf weiteres auf den Reichsbankdiskont festgesetzt. Daneben wird einmalig ein Betrag von 1/4 Prozent als Aufkostengebühr und Bereitstellungsprovision für die Preussische Landespfandbriefanstalt erhoben. Werden Zins-, Provisions- und Aufkosten- oder fällige Kapitalbeträge nicht rechtzeitig gezahlt, so ist die Preussische Landespfandbriefanstalt berechtigt, den Zinsfuß für die Dauer des Verzuges um die Hälfte des jeweiligen Reichsbankdiskonts zu erhöhen und außerdem eine besondere Gebühr von 1/2 Prozent je Vierteljahr zu erheben.

Lungenkrankungen und feuchte Wohnungen

Durch feuchte Wohnungen können zweifellos Erkrankungen entstehen. Die Feuchtigkeit schädigt den Wärmehaushalt des Körpers, die Entziehung der Wärme kann zu Erkältungskrankheiten, vor allem Rheumatismus, führen, auch Bronchialkatarrhe und Lungenkrankungen werden hierauf zurückgeführt. Auf eine interessante Wahrnehmung weist Dr. Grunim in Bad Reichenhall hin; danach hat man in feuchten Wohnungen häufig Milben gefunden, die nur in feuchter Atmosphäre gedeihen, und die Ursache des Asthmas sein sollen. Ein weiterer Asthmaerreger wurde in einem Schimmelpilz in feuchten Wohnräumen gefunden. Alle Asthmaerreger gedeihen nur dort, wo eine dauernde Feuchtigkeit herrscht. So ergibt sich also die Beziehung zwischen Wohnungsfuchtigkeit und asthmatischen Lungenkrankungen. Solche Kranken bekommen manchmal Anfälle in Wohnungen, wenn auch nur eine Spur von Feuchtigkeit in ihnen enthalten ist. Dr. W. S.

Bücherchau

Kalkbenennungen. Von Fabrikdirektor Dr. Johann Schimpf. 20 Seiten DIN A 5. Preis 1,30 M. Verlagskosten 0,05 M. Kallberg, Berlin W 62, Kienigstr. 2.

Die Schrift befaßt sich mit den chemisch-wissenschaftlichen und den handelsüblichen Bezeichnungen des Kalks und der daraus in den Kalkwerken gewonnenen Erzeugnisse. Eingehend wird die Bezeichnung „Aegfall“ behandelt und darauf hingewiesen, daß sie bald für das Kalkumhydroxyd, bald für das Kalkumoxyd gebraucht wird. In einer Tafel sind die Benennungen für Kalkumoxyd und Kalkumhydroxyd in den wissenschaftlichen Lehr- und Handbüchern zusammengestellt. Der Verfasser tritt dafür ein, die Bezeichnung „Aegfall“ für Kalkumhydroxyd vorzubehalten und verweist auf die analogen Bildungen Acetat, Acetat, Acetat. Die Schrift ist wertvoll sowohl für die wissenschaftliche Kalkchemie als auch für die des Handels und hat für letztere besondere Bedeutung bezüglich der Auslegung des Begriffes Aegfall.

Sterbetafel

Am 8. April starb infolge Novisgrippe unser treuer Kollege **Herman Oßring** im Alter von 33 Jahren. Verwaltungsstelle **Stöckheim**.
Ehre seinem Andenken!